

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 30. 34. Jahrg.

22. Juli 1921

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 5 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 373.) Für die Länder des Weltpostvereins 10 Mk.

Redaktion:
Hans Rommger, Berlin N24, Eisenstr. 96-98, 111. Redaktionsstube.
Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Hüb, Berlin N24. Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheidestr.-Letzow, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparellzeile oder deren Raum 1.-Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 50 Pfg. p. Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachung. Das Verbandsjahr 1920. III. Rundschau. Messias Stinnes. — **Gewerkschaftliche Rundschau:** Rundschau vom 18. Juli 1921. — **Allgemeines:** Ein Auftakt zu Senefelders 150. Geburtstag. Die deutschen Unternehmensverbände im Jahre 1920. Ortsbericht Magdeburg. — **Der Betriebsrat:** Das Problem der Bezirkswirtschaftsräte. — **Die photomechanischen Fächer:** Ortsbericht Berlin, Lichtdrucker. — **Der photograph. Mitarbeiter:** Zur Zentralverbandstagung in Frankfurt a. M. — **Feuilleton:** Das Handwerkliche und Künstlerische in der Photographie. Eingegangene Schriften. — **Adressenänderungen.** — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Nachtrag V des Tarifvertrages für das Deutsche Formstechergewerbe auch linksrheinisch für verbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister teilt mit, daß die interalliierte Rheinlandkommission gegen die Anwendung des allgemein verbindlichen Nachtrages V vom 16. März 1921 zum Reichstarifvertrage vom 19. Oktober 1919 für das Formstechergewerbe im besetzten rheinischen Gebiet keine Einwendungen erhoben hat.

Der Verbandsvorstand.

Das Verbandsjahr 1920.

III.

Es ist durchaus keine Phrase, wenn gelegentlich in Aussprachen über die Methode der wirtschaftlichen Kampfesführung hervorgehoben wird, daß zum Kämpfen Geld, Geld und nochmals Geld gehört. Nichts besser als der Weltkrieg hat bewiesen, daß, wer kämpfen will, auch die notwendigen Mittel zur Führung des Kampfes besitzen muß und daß mit Verbrauch der Mittel zugleich auch im wesentlichen die Kampffähigkeit verbraucht ist. Die Richtigkeit dieser Ansicht, die zwar durch die Welttragödie nur erhärtet worden ist, ist den freien Gewerkschaften schon längst geläufig gewesen und hat die, einstmals sehr im Vordergrund stehenden Diskussionen zur Schaffung einer gewerkschaftlichen Einheitsorganisation hervorgerufen. Auch die vor dem Kriege propagierte Idee der gewerkschaftlichen Einheitsorganisation stützte sich nicht zuletzt auf die reale Tatsache, daß eine Reihe beruflicher Wirtschaftskämpfe infolge des Bestehens von Berufsgewerkschaften mit ihren verhältnismäßig geringen Finanzkräften vorzeitig abgebrochen werden mußten, sollte nicht durch einen Kampf bis zum Weißbluten die Aktionsfähigkeit der betreffenden Organisation vollständig unterbunden werden.

Durchblättert man die Geschichte der freien Gewerkschaften, so stößt man bei jedem Blatt dieser Klassenkampfsgeschichte auf die große Bedeutung, die die Finanzen im Leben des proletarischen Wirtschaftskampfes spielen. Selbst der eingefleischteste Verfechter eines Nur-idealismus kann ohne Gewaltkonstruktionen nicht um die Wichtigkeit der finanziellen Schlagkraft der Gewerkschaftsbewegung herumkommen. Er muß anerkennen, will er sich nicht selbst etwas vormachen, daß die Kasse in jeder gewerkschaftlichen Organisation, die auf das Prädikat »wirtschaftsriedlich« verzichtet, bei jeder Kampfhandlung eine gewichtige Rolle spielt und daß es nicht zuletzt von ihr abhängt,

wie entschieden wird. Es wäre natürlich eine durchaus falsche Einstellung, aus dem Gesagten zu schlussfolgern, daß die finanzielle Kraft in den freien Gewerkschaften alles, der Geist dagegen nichts sei. Aber es ist notwendig auch einmal darauf zu verweisen, daß der schönste geistige Elan nutzlos verpuffen muß, wenn den Kampfschaaren die Möglichkeit, die nackte Existenz zu fristen, nicht zur Seite gestellt werden kann. Es trifft eben auch auf die Führung des proletarischen Wirtschaftskampfes zu, daß sich alle Kampfmittel gegenseitig ergänzen müssen, soll am Ende des Kampfes der Erfolg stehen. Es gehört deshalb mit dazu, in eine Jahresübersicht des Verbandes auch den Stand der Kasse mit einzubeziehen, will man ein Urteil über die geleistete Arbeit fällen und die Möglichkeit besitzen, Ausblick zu halten.

Was über die Gestaltung unserer Lohnverhältnisse gesagt worden ist, muß auch über den Stand unserer Kasse gesagt werden: Er ist zwar im allgemeinen nicht schlecht, könnte aber, genau wie unsere Löhne, höher sein. Der Jahres Kassenbericht für 1920 gibt der Maßnahme des Verbandsvorstandes recht und zeugt für den Verbandsvorstand von großer Gewissenhaftigkeit und weitsichtiger Führung der Geschäfte, daß im richtigen Augenblick der Kollegenschaft die Frage zur Entscheidung vorgelegt wurde, wie auch die Kasse in der geeignetsten Weise zu einem wuchtigen Kampfmittel ausgebaut werden kann. Die erneut in der Urabstimmung beschlossene und vom Verbandsvorstand durchgeführte Beitragserhöhung wird der Verbandskasse weit mehr Mittel zuführen und den Kampf auf die Höhe bringen, auf der er angesichts der großen uns bevorstehenden Kämpfe sein muß.

Die fast ausschließlichen Einnahmen fließen der Verbandskasse aus den Mitgliederbeiträgen zu. Was sonst noch an Einnahmen vorhanden ist, ist unerheblich. Deshalb ist es auch von Wichtigkeit festzustellen, wie die Beitragsleistung sich gestaltet hat und wieviel Beiträge das einzelne Mitglied im Jahre geleistet hat. Darüber mag nachfolgende Aufstellung Kenntnis geben:

Beitragsleistung im Jahre 1920.

Im Quartal:	Vollbeitrag.	2,10 Mk.	1,50 Mk.	1 Mk.	0,65 Mk.	Weitl. Mitgl.	Lehrlinge
1. Quartal:	206265	2419	859	—	4 5	5903	23370
2. "	207910	2209	800	416	1180	4996	20755
3. "	201764	2192	1225	150	1541	4317	21376
4. "	206774	2467	1082	178	1438	4251	21746
Zusammen:	822719	9287	3956	744	4634	19167	87147
Im Jahresdurchschnitt d. Mitgl.:	45 1/2	48	39 1/2	39 1/2	42 1/4	24	46 1/2

Vom Beiträge befreit waren während des Jahres insgesamt 16453 Mitglieder 81375 Wochen. Das sind auf den Kopf rund fünf Wochen. Auf alle Mitglieder verteilt, beträgt die Beitragsbefreiung nach dem Mitgliederstande am Ende des Jahres berechnet, auf den Kopf des Mitgliedes 4,3 Wochen. Die Arbeitslosigkeit ergab eine Beitragsbefreiung von 63046 Wochen, während wegen Krankheit 18329 Wochen beitragsfrei blieben. Von besonderem Interesse an der Aufstellung über

die Beitragsleistung dürfte sein, wie sich die Beschlüsse von Magdeburg ausgewirkt haben. Die Steigerung in der Beitragsleistung in den Rubriken von 1,50 Mk. und 0,65 Mk. gibt dies ganz deutlich an. Die fehlende Ziffer im 1. Quartal beim Beitrag von 1 Mk. ergibt sich aus der Tatsache, daß diese Mitglieder bis dahin 65 Pfg. Beitrag in der Woche leisteten.

Auf Grund der Beitragsleistungen gestalteten sich die Verbandseinnahmen wie folgt:

Im Quartal:	Vollmitglieder Mk.	Halbmitglieder Mk.	Weitl. Mitglieder Mk.	Lehrlinge Mk.
1. Quartal	399851,60	4611,55	6937,60	4412,30
2. "	554208,—	6453,95	7523,20	4151,—
3. "	605021,—	7598,35	7338,90	4275,20
4. "	620288,—	7955,40	7226,70	4349,20
Zusammen:	2179368,60	26719,25	29026,40	17187,70

Die Ausgaben sind im Jahres Kassenbericht so eingehend spezialisiert, daß es nicht notwendig ist, dazu noch eingehende Erläuterungen zu geben. Wer die Ausgaben, die dem Verband im Jahre 1920 erwachsen sind, einer genaueren Prüfung unterziehen will, findet darin alle notwendigen Angaben. Er findet auch, daß nicht nur aus organisatorischen, sondern auch aus finanziellen Gründen unser Tarifwesen einer schärferen Zusammenfassung unterzogen werden muß und daß mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden muß, durch Angliederung kleinerer Berufsgruppen an die größeren die tarifliche Arbeit zu vereinfachen und zu erleichtern.

Eine Ausgabe muß jedoch noch einer näheren Betrachtung unterzogen werden; die Ausgabe für die »Graphische Presse« und für die »Graphische Jugend«. Während für beide Organe 1919 nur eine Ausgabe von 75 226,68 Mk. notwendig war, verlangen sie 1920 eine Aufwendung von 205 420,12 Mk. Die annähernde Verdreifachung dieser Ausgabe ist fast ausschließlich auf das Steigen des Papierpreises zurückzuführen, der nach Aufhebung der Kontingierung wie wahnsinnig in die Höhe schnellte. Wer sich darüber informieren will, in welcher Weise die Gestaltung des Druckpapierpreises vor sich gegangen ist, der lese nur eingehend den Artikel in Nr. 23 der »Graphischen Presse« vom 3. Juni 1921, betitelt: Der Druckpapierpreis, der in durchaus treffender Weise darlegt, welcher Preiswucher mit dem Papier getrieben worden ist.

Die Frage aufzuwerfen, diese Ausgabe zu beschneiden, hieße nichts weniger, als die Aktionsfähigkeit des Verbandes herabzumindern. Das kann und darf nicht geschehen. Die Presse hat die Aufgabe nicht nur alle beruflichen, sondern auch alle wirtschafts-politischen Vorgänge genau zu beachten und Führerin und Mahnerin in unserem Kampfe sein. Diese Pflicht hat sie auch im vergangenen Verbandsjahre erfüllt und wacker für die proletarische Befreiung gestritten. Wenn das Wort Bebel's seine Richtigkeit hat, daß man sich auf dem richtigen Wege befindet, wenn das Unternehmertum zeteri über die ernommierte Stellung, dann hat unsere »Graphische Presse« ihre Pflicht vollauf erfüllt. Und sie wird ihre Pflicht auch weiterhin erfüllen, uns zum Schutz, dem Gegner zum Trutz.

Zusammenfassend die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1920 beurteilend, muß gesagt werden, daß es vorwärts und aufwärts gegangen ist. Freilich war es nicht möglich, alle gestellten und berechtigten Forderungen durchzusetzen. Noch vieles ist zu tun übrig geblieben und große Probleme harren noch ihrer Lösung. Auch sie müssen in Angriff genommen und ihrer Lösung zugeführt werden. Agitatorisch ist in erster Linie unter den Porträtphotographen zu wirken und auch in diese Kreise ist die Erkenntnis der Notwendigkeit der freigewerkschaftlichen Organisation zu tragen. Sicher ist diese Arbeit keine leichte und hier der Weg zum Erfolg mit besonders spitzen Steinen gepflastert, aber wir brauchen in unserm Kampfe um eine bessere, um die sozialistische Welt auch den letzten Mann. Innerorganisatorisch muß mit verdoppelter Kraft daran gearbeitet werden, daß der Breite der Organisation auch ihre Tiefe entspricht. Auch die bei uns noch vorhandene Oberflächenskultur muß verschwinden und einer innerlichen Vertiefung Platz machen. Wir müssen uns mehr als bisher bemühen zu erkennen, was ist, und unser Handeln danach einstellen. Wir müssen in der Gesamtheit lernen, die Dinge, die die Welt bedeuten, zu sehen, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollen und helfen, der Entwicklung die Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Diese Arbeit muß jeder leisten, dem es ernst ist weiter vorwärts zu kommen. Vor allem gilt es, die Einheit der Gewerkschaften und damit die des Verbandes zu schützen. Nur geschlossen sind wir als die einzigen Wert-erzeuger eine Macht, und wer sich an der Einheit der Gewerkschaftsbewegung versündigt, versündigt sich an der Arbeiterklasse. Alle Fragen, die von uns Lösung fordern, wollen wir lösen im Geiste kollegialer Gemeinschaft, dabei immer im Auge behaltend, der Gesamtheit zu dienen. Wenn nur dann, wenn jeder einzelne an seinem Teile dazu beiträgt, Diener der Gesamtheit zu sein, kann die Arbeit, die zu leisten ist, von Erfolg gekrönt sein; denn nur dann sind die Auseinandersetzungen, die sich notwendigerweise um all die zu lösenden Probleme ranken, vom Geiste echter Solidarität getragen. Dann wird auch wieder die Achtung der persönlichen Meinung, mit der man in letzter Zeit oft schindluder getrieben hat, wie ehemals ihren Platz haben und der Weg ist wieder frei zum vorwärtsstrebendem Streite der Geister. Denn vorwärts wollen wir, vorwärts müssen wir! Aber vorwärts geht es nur mit der Organisation, nicht gegen sie. Darum heißt es, sich rühren und im Verband tätig zu sein, jeder seine Kraft zur Verfügung zu stellen und mit zu schaffen.

Ran an die Arbeit! Dann wird auch das nächste Jahr wieder Fortschritte aufweisen können. Vergessen wir nicht: Der Verband sind wir alle; nicht nur die Funktionäre!

Rundschau.

Von der Graphische Bund, Betriebsrätezeitung für die graphische und papierverarbeitende Industrie liegt nunmehr auch die Nr. 3 vor, die mit der Nr. 30 der »Graphischen Presse« zum Versand kommt und allen Mitgliedern, soweit sie als Betriebsräte tätig, unentgeltlich zusteht. Auch die Nr. 3 der Graphischen Betriebsrätezeitung ist reich an interessantem und belehrendem Stoff. Neben einem leitenden Aufsatz, betitelt »Kulturgewerbe«, enthält der »Graphische Bund« Aufsätze über: »Der Weg zum Industrieverband, die Aufgaben der Graphischen Kartelle, Betriebsräte und Lehrlingswesen.« Unter Gesetz und Recht sind die wichtigsten, neuerlichen Entscheidungen besprochen, während unter der Leiste: »Die graphischen Verbände« die letzten Vorgänge in den graphischen Verbänden besprochen werden.

Auch die anderen, sonst noch enthaltenen Mitteilungen machen den »Graphischen Bund« auch für alle Nichtbetriebsräte lesenswert und empfehlen das Abonnement. Der »Graphische Bund« erscheint einmal monatlich und ist zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von vierteljährlich Mk. 2.—

Der Offsetdruck steht zurzeit im Brennpunkt fachlicher Interessen des Druckgewerbes. Mit seiner schnellen Ausdehnung hat die Verbreitung der Kenntnis seines Wesens und seiner Ausnutzungs

möglichkeiten nicht Schritt halten können. Selbst in Fachkreisen ist deshalb der Gummidruck noch lange nicht so bekannt, wie er es sein müßte, weil es auch bisher an einer Übersicht über das ganze von ihm beeinflusste Feld fehlte. Einen ersten Versuch, diese zu geben, macht die bekannte Fachzeitschrift »Deutscher Buch- und Steindruck« (Berlin SW. 61) mit ihrer dem Offset- und Metallsteindruck besonders gewidmeten Juniausgabe. Hier hat man alles beisammen, was man braucht, um sich ein eigenes Urteil über das Gummidruckverfahren zu bilden. Dieses Sonderheft des »Deutschen Buch- und Steindruck« sollte kein an der Drucksachenherstellung oder am Drucksachenverbrauch irgendwie Beteiligter unbeachtet lassen. Es beschreibt den Arbeitsgang beim Gummidruck, gibt Praxiserfahrungen eines Offsetdruckers wieder, schildert die Verwendung der Offsetpresse im Buchdruckbetriebe usw. und enthält auch eine Darstellung der maschinellen Entwicklung auf diesem Gebiete, wie sie an keiner anderen Stelle bisher zu finden ist. Viele farbige Beilagen bieten Arbeitsproben verschiedener Arten des Gummidruckes, und eine solche stellt auch der mit einem prächtigen farbigen Blumenstück gezielte Umschlag des Heftes dar. Wer sich das Heft, das für das deutsche Sprachgebiet und das östliche Ausland einzeln für 7,50 Mk. (übriges Ausland 20 Mk.) portofrei abgegeben wird, zulegt, wird auch vom sonstigen fachlichen Inhalt des Heftes befriedigt sein. Auf die Unterhaltungsbeilage »Graphische Feierstunden«, die Huldigungen für Senefelder und Albrecht Dürer und ganz originelle »Schreibmaschinenkunststücke« bringt, seien die Freunde graphischer Künste besonders aufmerksam gemacht.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete berechnet wird, ist im Monat Juni im Vergleich zum Vormonat um 16 Punkte auf 896 gesiegen. Die seit Januar dieses Jahres beobachtete Abwärtsbewegung der Ausgaben für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse ist also im Juni wieder unterbrochen worden. Die Juni-Indexziffer übertrifft um zwei Punkte auch die für April ermittelte Zahl, bleibt aber immer noch beträchtlich hinter dem im Januar dieses Jahres erreichten Höhepunkt von 924 zurück. Zu der Verteuerung der Lebenshaltung trugen im Berichtsmont hauptsächlich Preissteigerungen für Eier, Milch, Zucker, Gemüse, Kartoffeln (ohne Berücksichtigung der neuen Kartoffeln) und für Heiz- und Leuchtmittel bei. Dagegen wurden für Rindfleisch, Speck, Fette und besonders für Butter Preisenkungen gemeldet. Im allgemeinen ist die Preisfestsetzung innerhalb des Reichs sehr wenig ausgeglichen.

Die Entwicklung der Warenpreise im Großhandel. Die »Frankfurter Zeitung« bringt in ihrem Handelsteil allmonatlich eine statistische Übersicht über die Großhandelspreise bestimmter Waren, die sie in vier Gruppen einteilt: 1. Lebensmittel; 2. Textilien und Leder; 3. Mineralien; 4. Verschiedenes. Die jüngste Preisfeststellung vom 2. Juli zeigt eine neuerliche Steigerung, die sich aus folgender Tabelle ergibt:

	Gruppe I Lebens- Genußm. u. ähnl.	Gruppe II Textilien Leder usw.	Gruppe III Mine- ralien	Gruppe IV Ver- schieden	Gesamt- index
Fried.-Index 1. Jan. 1920	1138	367	7,15	12,0	9,23
1. Februar	109	100	100	100	100
1. März	119	153	145	123	131
1. April	126	165	163	147	147
1. Mai	135	151	135	170	146
1. Juni	134	119	133	170	156
1. Juli	128	98	110	197	134
1. August	146	94	111	195	136
1. September	149	97	112	194	141
1. Oktober	150	103	118	193	144
1. November	155	108	124	191	146
1. Dezember	165	111	120	199	152
8. Januar 1921	177	99	117	195	153
5. Febr. 1921	154	97	120	189	148
5. März	144	92	113	183	136
2. April	137	87	111	182	131
7. Mai	136	79	115	180	130,1
4. Juni	133	78	112	194	131,8
2. Juli	127	70	109	191,4	127
	144,5	79	115,3	190,6	135,4

Nur in Gruppe 4 ist im letzten Monat eine leichte Preisenkung zu verzeichnen, die jedoch gegen die Preiserhöhungen in den anderen Gruppen gänzlich ins Gewicht fällt. Die Preise in der Gruppe Lebensmittel waren insbesondere durch die teureren neuen Kartoffeln nach oben hin beeinflusst.

Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft in Sicht. Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich in seiner Sitzung am 7. d. Mts. mit der Gestaltung der Zuckerwirtschaft. Nach längerer Erörterung, in der besonders die Vertreter der Landwirtschaft die Verhältnisse des Zuckerrübenbaues eingehend darlegten, kam der Ausschuß bei einer Stimmenthaltung einstimmig zu folgendem Gutachten: »Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft spricht sich für Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft zum 1. Oktober 1921 aus. Da eine Zuckerrübenenernte in Aussicht steht, mit deren Ergebnis der deutsche Zuckerbedarf gedeckt werden kann, ist durch Fortdauer des Zuckereinfuhrverbotes eine überflüssige Zuckereinfuhr zu verhindern. Das Verbot der Ausfuhr von Zucker ist bis auf weiteres aufrecht zu erhalten.«

Aus dem Auslande.

Ein Pyrrhussieg. In der bürgerlichen Presse ist es als ein gewaltiger Sieg von Herrn Gompers hingestellt worden, daß er mit 25000 Stimmen wieder zum Präsidenten der »Federation of Labor« gewählt wurde, während sein Gegenkandidat nur 13000 Stimmen erhielt. Aber diese Zahlen sind nur ein so lagender Beweis für die wachsende Unzufriedenheit der amerikanischen Arbeiterschaft mit ihrem Präsidenten. Wie gewaltig seit dem letzten Jahre die Gegensätze zugenommen haben, geht daraus hervor, daß auf dem Kongreß des vergangenen Jahres Herr Gompers mit einer Ausnahme einstimmig gewählt wurde. Der Sieg von Gompers ist ein Pyrrhussieg. Die veraltete bürgerliche Auffassung verliert auch in den amerikanischen Gewerkschaften an Boden.

Ein Vorschlag zur Stärkung der gewerkschaftlichen Machtposition. In der amerikanischen Arbeiterpresse wird augenblicklich das dringende Problem der Durchorganisation der amerikanischen Arbeiterschaft lebhaft besprochen. Manning schlägt vor, die Organisation durch Boykottmaßnahmen zu erzwingen. Jede Ware, die in einem Betrieb hergestellt wird, der nur gewerkschaftlich organisierter Arbeiter beschäftigt, ist mit einem Gewerkschaftszeichen zu versehen; kein organisierter Arbeiter darf unmarkierte Waren kaufen. Da der Gesamtlohn der gewerkschaftlichen Arbeiter die Höhe von fast 5 1/2 Milliarden Dollars jährlich erreicht und die Hälfte davon für den Kauf von Waren ausgegeben wird, kann dadurch ein starker Druck auf den Händler und damit auf den Produzenten ausgeübt werden. Eine energische Durchführung des Planes verspricht heute nach seiner Meinung einen sicheren Erfolg, da bei der augenblicklichen amerikanischen Absatzkrise der Produzent einen Boykott wirtschaftlich nicht durchhalten kann.

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien soll gegenwärtig 300000 betragen, während 400000 Arbeiter nur an drei Tagen in der Woche beschäftigt sind. Eine weitere Ausdehnung der Arbeitslosigkeit steht bevor, da wahrscheinlich binnen kurzem die meisten Schiffswerften in Italien und ein Teil der Werften in Genua und Ligurien zur Schließung gezwungen sein werden. Die italienische Schiffsbaubranche hat ihre Erzeugung nur infolge großer staatlicher Subventionen aufrechterhalten können. Das Regierungskredit, das diese Subventionen verfügt hatte, ist am 30. Juni abgelaufen und die Verhandlungen über neue Subventionen sind infolge des Regierungswechsels ins Stocken geraten.

Messias Stinnes.

Von Friedrich Olk.

Die deutsche Untertanenseele braucht Helden und ist immer bereit, irgend einen neuen Messias mit Hosiannah und Palmen zu empfangen. Und dieser Seele ist heuer der Messias geboren: diesmal kein Wolken durchkreuzender Pilot, kein Hindenburgscher Schlachtengott, sondern ein Wirtschaftsmensch, Industriekapitän, reich und schlecht, der Sohn der Adeline Coupinne im Jahre deutschen Schlachtenglücks gegen Frankreich in Mülheim an der Ruhr geboren.

Wie zu einem Messias sieht heute tatsächlich die bürgerliche Welt zu dem Manne auf, der es wie kein zweiter verstanden hat, den Erfolg zu bändigen: 1893 begründete er die Firma Hugo Stinnes mit einem Stammkapital von 50000 Mark, heute — nach dem Kriege — scheint er der wirtschaftliche Beherrscher der Republik geworden zu sein. Sein Einfluß reicht über die Grenzen. Er ist der Mann, der die Ruhrgruben stilllegte, der sich selbst auf der Zeche Mirthe als praktischer Bergmann versuchte, seine Beamten auspreßte wie Zitronen und die Bergarbeiter auf schwarze Listen und auf die Straße setzte, wenn sie es wagten, gegen den Stachel zu löcken. So etwas gefällt dem deutschen Durchschnittsbourgeois. Die Deutsche Volkspartei zählt den Mann heute mit Stolz zu den ihrigen, der den nicht ganz modernen Schnitt in einem sonst ganz komfortablen Anzug vorzieht und sich im Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte kurz und bündig als Stinnes, Hugo, Kaufmann, Mülheim, Schloßstraße 10 bezeichnet. Wenn dieser »Kaufmann«, hinter dem der Vorsitzende von zwanzig, der stellvertretende Vorsitzende von zwei, das Mitglied von achtzehn Aufsichtsräten und sechs Grubenvorständen, der Besitzer von Eisenhütten und Elektrizitätswerken, Hotels, Rittergütern und Wäldern, Zeitungen und Papierfabriken usw. steckt, dann noch in Spa sich von seinem Sitz erhebt, um den »Feinden seiner Nation« ins Auge zu sehen, so ist die »deutsche Seele« einfach weg. Es hätte nicht viel gefehlt und der neue Heiland hätte nach knorriger Westfalenart mit geballter Faust auf den Verhandlungstisch in der Villa Fraunsee geschlagen. Was kümmerts dem deutschen Messiasgläubigen, daß der Außenminister Simons die Courage aufbringen mußte, um von diesem Jupitertronnans öffentlich abzurücken. Was schadet's, daß dieser Sohn der »roten Erde« das Verhandlungsergebnis gefährdete und die Gefahr einer militärischen Besetzung des »Kohlenpotts« zwischen Ruhr, Emsder und Lippe so sehr in die Nähe rückte, daß man mit Recht

nicht nur in der Arbeiterschaft an der nationalen Unversehrtheit seiner Absichten glaubte? Ein Mann, eine Rede! Lloyd George, der sich vielleicht nicht darüber in Zweifel war, ob Stinnes es in Spa zum offenen Bruch treiben wollte oder nicht, benannte ihn *fanatischer Diktator oder einer, der sich dafür hält*.

Der Messias von Mühlheim ist sicher eine problematische Natur, aber ein höchst positiver Kopf. Es mag möglich sein, daß dieser Natur, die ganz augenscheinlich nicht von gewöhnlicher Selbstzucht bestimmt wird, als letztes Ziel so etwas wie ein amerikanisches Trustkönigtum vor-schwebt. Vorläufig klammern sich die deutschen Profikärner wie Kletten an den König, der zu arbeiten weiß und dem Vanderbilt und Morgans um nichts in der Kühnheit ihrer Kombinationen nachsteht. Und doch wütet diese Kraftnatur schlimmer gegen den privaten Unternehmer, dessen sogenannte persönlicher Initiative und den bürgerlichen Eigentumskatedismus, als der erfolgreichste sozialistische Agitator. Stinnes ist Usurpator, Entthroner der Kapitalisten im größten Stil. Deutsch-Luxemburg, Gelsenkirchen und den Bodumer Verein brachte er im Laufe von einigen Monaten unter sein Zepter. Emil Kirdorf, der schlaue Gelsenkirchener Fuchs, ist sein Vasall, weil Stinnes sich aus dem Versailler Vertrag Erze zu sichern wußte. Die Bodumer Dynastie Barre ist nicht mehr, Sic transit gloria mundi (So vergeht die Herrlichkeit der Welt.) Dieser Stinnes scheint so etwaß wie Naturkraft zu sein, der der individualistischen Wirtschaft den tiefsten Stoß versetzt. Angestellte und Beamte leiten und regeln das, was der Unersättliche zusammen rüfft und noch zusammenraffen will. Dieses System aber bricht mit der Zeit sein eigenes Kind, die sinnleerierte Wirtschaft, auf.

Dieser »schwarze Gott« ist ein ganz neuer Typ des deutschen Kapitalisten. Ihm kommt man nicht mit den alten politischen und gewerkschaftlichen Methoden bei. Diese Natur ist derart glücklich gemischt, daß Stinnes nicht immer Tyrann und Diktator zu sein braucht. Faszinierend wirkt dieser Geist, der weit und klug denkt, durch seine Elastizität. Die Stinnes'sche Kleinaktie zeugt nicht von Originalität, aber sie ist typisch für unsere heutigen Industriekapitäne.

Vor gut 2000 Jahren versuchte im alten Rom der Tribun Tiherius Gracchus eine einschneidende Bodenreform durchzusetzen, um das römische Volk vor einer völligen Proletarisierung zu retten. Er wurde von der erregten Großgrundbesitzerpartei, die sich in ihrem Privatbesitz bedroht fühlte, mit Stühlen und Tischbeinen erschlagen. Nach zwei Jahrzehnten nahm sein jüngerer Bruder Gaius Gracchus seine Pläne wieder auf. Gaius war der Liebling des Volkes und wurde der Großgrundbesitzerpartei, der sogenannten Optimatenpartei, gefährlich. Sie griffen aber nicht mehr zu Stühlen und brachen keine Tischbeine ab, um ihren Widersacher zu erschlagen, aber sie kauften sich den Tribunen Drusus. Drusus bekämpfte die Reformen des Gaius Gracchus, indem er jeden seiner Vorschläge übertrumpfte. Gaius wollte das an das Volk zu verteilende Land einer eventuellen Spekulation entziehen. Es sollte deshalb unveräußerlich sein und der Staat Obereigentümer bleiben, was durch eine Pachtsumme zum Ausdruck kommen sollte. Der bezahlte Drusus sprach gegen jede Beschränkung des »freien Eigentums« und gegen jede steuerliche Belastung. Die radikale Phrase fiel ihre Wirkung. Drusus siegte. Gaius Gracchus fiel beim Volk in Ungnade und gab sich selbst durch einen Dolchstoß den Tod. Die Großgrundbesitzerpartei wog seinen Kopf mit Gold auf und hatte alle Ursache dazu. Denn nach Gaius Tod verkauften die römischen Ansiedler, die verschuldet waren, ihr Eigentum an den zahlungsfähigen römischen Großgrundbesitzer. Besonders wurde die bekannte und größte Siedlung aller Zeiten auf den Trümmern des zerstörten Karthagos aufgelöst. Der Großgrundbesitz in Rom hatte den Weg frei. Die Sklavenwirtschaft und die Proletarisierung der Massen bedeuteten aber den Untergang dieses alten Weltreiches.

Das Schicksal des Gaius Gracchus hat sich im Laufe der Entwicklung wohl in hundert Formen wiederholt. Drusus ist so das klassische Beispiel für die politische Demagogie geworden. Bis auf unsere Tage kämpft man mit dieser alten römischen Optimatenschlaubeit. Wenn Hugo Stinnes heute die Sozialisierung bekämpft, indem er dem Volke die Beteiligung am Kapital und Gewinn verspricht, so ist das alles nach Ben Akiba schon dagewesen. Haben wir mit unseren Vorschlägen das Volkserganze im Auge, so wendet sich der Vorschlag der Stinnes und Silverberg an den durch den Krieg großgezüchteten Individualismus und Egoismus bestimmter Massen. So stellt uns der Weltkrieg vor einen zweiten Entscheidungskampf. Wir wissen, daß die Versprechungen eines Stinnes auf Teile der indifferenten, der ökonomischen und historischen Schulung entbehrenden Massen faszinierend wirkt. Man hätte keine zugkräftigere, aber auch keine gefährlichere Demagogie gegen die Sozialisierungs-idee finden können. Es wird trotz aller unserer Gegenwirkung auszurechnen sein, wieviele Stimm-zettel auf diese Wahlparole zu buchen sind. Der deutsche Kapitalismus hat heute alle und jede Ursache, den Kopf Hugo Stinnes mit Gold aufzuwiegen. Er allein ist in der Lage, die kapitalistische

Wirtschaft vor der Sozialisierungsaktion zu be-wahren, indem er im wahrsten Sinne des Wortes mit fremdem Kalbe pflügt. Hat Stinnes mit jenen Methoden Glück, dann ist die Entwicklung zum amerikanischen Trust frei. Hugo Stinnes hat sich wirklich in den politischen Kämpfen der Nachkriegs-zeit als ein Kopf erster Güte erwiesen.

Die deutsche Arbeiterschaft soll sich aber der historischen Wahrheit erinnern, daß kein Gott und Messias und kein Stinnes sie von ihrem wirtschaftlichen Elend befreien kann, wenn sie es nicht selbst kann.

Die »Metallarbeiter Zeitung« hat in Nr. 28 eine Übersicht über die Werke und Unternehmungen gebracht, die von Herrn Hugo Stinnes beherrscht werden. Sie sagt, daß die Trustmilliarden Amerikas fast verlassen gegenüber diesem rücksichtslosen rheinischen Industriemagnaten, der auf der geschwächten Volkswirtschaft Deutschlands und auf der Basis der Papiergeldwirtschaft seine Konzernpyramiden errichtet, deren Spitzen alle in seiner Person auslaufen. Nach den Feststellungen der »Metallarbeiter-Zeitung« gibt es überhaupt keinen Industrie und Handelszweig, in dem Herr Hugo Stinnes nicht irgendwelche Besitzungen hätte. Der gesamte Stinneskonzern setzt sich aus folgenden sieben Kopfgesellschaften zusammen:

1. Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., Gelsenkirchen,
 2. Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten A.-G., Bochum,
 3. Bodumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Bochum,
 4. Siemens & Halske A.-G., Berlin,
 5. Elektrizitäts-A.-G., Schuckert & Co., Nürnberg,
 6. Hugo Stinnes Unternehmungen und Beteiligungen,
 7. Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, Wien.
- Diese sieben Kopfgesellschaften umfassen etwa
- | | |
|---|-------------|
| Fabrikanlagen | 290 |
| Kohlengruben und Felder | 230 |
| Erzgruben und Felder | 65 |
| Transportunternehmungen | 190 |
| Werke zur elektrischen Stromerzeugung | 285 |
| Banken, Handelsgesellschaften, Bureaus usw. | 160 |
| Sonstige Unternehmungen | 120 |
| Zusammen | 1340 |

Der Wert dieser Fabriken, Bergwerke, Grubenfelder, Maschinen, des Roh- und Fertigmateri-als ist überhaupt nicht zu erfassen. An Aktienkapital usw. stecken in diesen Unternehmungen etwa 7979601429 Mark.

Die Zeitungsbeteiligungen des Herrn Stinnes sind in der Arbeiterpresse schon öfters besprochen worden, so daß sie hier nicht besonders genannt zu werden brauchen. Dagegen ist zu erwähnen, daß die »Allgemeine Nahrungs-Import-Gesellschaft«, die die Bergarbeiter in der bekannten Weise über-vorteilt hat, ein Unternehmen des Herrn Stinnes ist, und daß er auch an der »Gemeinnützigen Groß-einkaufsgesellschaft Deutschland in Hamburg« be-teiligt ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, durch Gründung besonderer Betriebskonsumvereine den Arbeiterkonsumgenossenschaften und deren Groß-einkaufsgesellschaft (G. E. G.) Abbruch zu tun.

Wir betonen nochmals ausdrücklich, daß wir in vorstehenden nur die Kopf-Unternehmen des Herrn Stinnes genannt haben. Es dürfte aber genügen, den Kollegen wenigstens einen ungefähren Ein-blick in die ungeheure Wirtschaftsmacht des Herrn Stinnes und seiner Trabanten zu gewähren.

Gewerkschaftl. Rundschau.

Berlin, den 18. Juli 1921.

Tagung des Tarifausschusses der Buchdrucker. — Die neuen Forderungen. — Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums. — Ablehnung des Schiedsspruches durch die Unternehmer. — 25 Jahre Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. — Der neue Reichs-tarif für das Buchbindergewerbe. — Jubiläum des Vorsitzenden des Buchbinderverbandes. — Generalversammlungen und Kongresse. — Der gewerkschaftliche Kampf und die Politik der Gewerkschaften.

Die Einkerufung des Tarifausschusses durch das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker für Freitag, den 24. Juni und folgende Tage nach Berlin, leitete eine neue Lohnbewegung der Buchdrucker ein. Gefordert wurde 1. weitere Erhöhung der Teuerungszu-lage, 2. Fortzahlung der Wirtschaftsbeihilfe, 3. Fort-zahlung der Entschädigung für Lohnausfall bei Ver-kürzarbeiten, 4. Festsetzung einer Sonderzulage für das besetzte Gebiet des dritten Kreises, 5. Fest-setzung einer wöchentlichen Sonderzulage von 15 Mk. für München, 6. Genehmigung eines 25prozentigen Lokalzuschlags für Dresden, 7. Nachzahlung der Wirtschaftsbeihilfe in Chemnitz für die Monate Februar, März, April (39 Mk.), 8. ein Antrag des Vertreters des V. Kreises: a) Die Gehilfen sind nicht verpflichtet, irgendwelche Heizarbeiten, die zu Mord oder zu Mißhandlungen auffordern, zu setzen oder zu drucken, oder diesbezügliche Werke fertig-zustellen, b) sollte Verweigerung dringender Arbei-ten zu Entlassungen führen, genießen die Be-troffenen den vollen Schutz der Tarifinstanzen, c) bei Meinungsverschiedenheiten ist mit der Arbeit so lange auszusetzen, bis die Entscheidung des Tarifamts vorliegt, d) Eifolgen auf Grund des Ge-setzes Bestrafungen von Arbeitern und Arbeiterin-nen, die einem Zwange des Arbeitgebers zur Her-

stellung obengenannter Arbeiten entsprochen haben, so ist seitens des Arbeitgebers neben dem vollen Lohne volle Entschädigung zu leisten. Diesbe-zügliche Abkommen unterliegen in allen Fällen der Genehmigung des Tarifamts, 9. im Jahre 1922 sollen Druckerlehrlinge nicht eingestellt werden.

Die Unternehmer beantragen: Eine Erhöhung der Teuerungszuschläge auf die Sätze des Preistarifs zu beschließen.

Auslegung tariflicher Bestimmungen: a) Auf-rechnung halber Überstunden (§ 7, Ziffer 8. Ge-schiedt dies nur am Schlusse der Rechnungswo-che, oder ist jede überschüssige halbe Überstunde als volle zu entschädigen?) b) Ferientätigkeit. Wieviel Ferientage erhält derjenige Gehilfe, in diesem Jahre, der 1919 (Stichtag 29. September) fünf Ferientage erhielt? (Sechs oder sieben Tage?), c) erhalten ledige Gehilfen (oder Hilfsarbeiter) der Lohn-klasse A, die als einzige Unterhaltsverpflichtete einem Angehörigen in gemeinsamem Haushalt Unterhalt gewähren müssen, die Wirtschaftsbeihilfe?

Ihre Lohnforderung formulierten die Gehilfen-vertreter in der Tarifausschußsitzung wie folgt: Die bisher gezahlte Wirtschaftsbeihilfe ist in den festen Lohn zu übernehmen, und zwar dergestalt, daß neben Übernahme des bisher gezahlten Betrages der Wirtschaftsbeihilfe als Teuerungszulage allen Gehilfen pro Woche 25 Mk. mehr an Lohn zu zahlen ist.

Die Verhandlungen über diese Forderungen gestalteten sich sehr hartnäckig. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, schlugen die Unternehmer die Anrufung des Reichsarbeitsamtes als Einigungs-amt vor. Da auch vor dem Einigungsamt keine Verständigung erzielt werden konnte, wurde die Einkerufung eines Schiedsgerichtes gefordert, daß am 28. Juni unter Vorsitz von Professor Brahm vom Reichsarbeitsministerium gegen die Stimmen der Unternehmerbeisitzer folgenden Schiedsspruch fällte:

»Da sich die wirtschaftliche Lage der Buchdrucker, ebenso wie die des Gewerbes in den letzten Monaten nicht wesentlich geändert hat, erscheint die Beibehaltung des seit einem halben Jahre be-stehenden Zustandes angebracht.

Die Wirtschaftsbeihilfe ist daher in gleicher Höhe und in gleicher Weise, wie in dem Abkommen vom 12. Februar vereinbart ist, in monatlichen Beträgen bis zum 30. September 1921 weiter zu zahlen.

Da sich ferner die Verhältnisse, die zu einer Wirtschaftsbeihilfe geführt, bei den verheirateten und älteren ledigen Arbeitern stärker auswirken, soll diesen für August und September 1921 eine Zulage von monatlich folgender Summe gezahlt werden:

an den Orten bis einschließlich 7 1/2 Prozent für Gruppe C: Verheiratete 30,— Mk., Ledige 15,— Mk.; für Gruppe B: Verheiratete 22,50 Mk. an den Orten mit mehr als 7 1/2 bis 17 1/2 Prozent für Gruppe C: Verheiratete 36,— Mk., Ledige 18,— Mk.; für Gruppe B: Verheiratete 27 Mk.

in den übrigen Orten für Gruppe C: Verheiratete 45,— Mk., Ledige 22,50 Mk.; für Gruppe B: Verheiratete 33,75 Mk.

Den Hilfsarbeitern, soweit sie verheiratet und über 21 Jahre alt oder soweit sie ledig und über 24 Jahre sind, ist ein anteilmäßiger Betrag nach dem für die Entlohnung im Reichstarif festgesetzten Prozentsätzen zu zahlen.

Seit der Verlängerung des Februarabkommens unter Vorbehalt gewährten außer tariflichen Zulagen können auf die obigen Beihilfen eingerechnet werden.

Das seit dem 3. November 1920 abgeschlossene Lohnabkommen mit seiner Erneuerung gilt nunmehr mit Einschluß der obigen Wirtschaftsbeihilfe bis zum 30. September 1921.

Bei Einstellung oder Entlassung wird die Wirtschaftsbeihilfe anteilig gezahlt, und zwar nach dem geleisteten Arbeitsgange.

Die mit dem 30. Juni 1921 ablaufende Kurzarbeiterunterstützung wird aufgehoben.

Über Annahme oder Ablehnung dieses Schieds-spruches mußte seitens der Parteien dem Arbeits-ministerium bis zum 10. Juli Mitteilung gemacht werden. Die Unternehmervertreter, die glaubten, die Verantwortung für eine Entscheidung nicht tragen zu können, beschlossen, die Entscheidung in den Kreisen treffen zu lassen und bis zum 10. Mitteilung zu machen.

Diese Entscheidung ist gefallen. Nach der »Zeit-schrift für Deutschlands Buchdrucker«, ist der Schieds-spruch von den Unternehmern abgelehnt worden. Obwohl die Unternehmer behaupten, sich der Ver-antwortung bewußt zu sein, die sie mit der Ab-lehnung des Schiedsspruches übernommen haben, ist es ihnen doch in dieser Rolle nicht wohl. Der starke Mann, den sie bei Mitteilung der Ablehnung mienem, wird glatt erschlagen durch folgende Sätze: »Der Gehilfenvertretung muß es nunmehr über-lassen bleiben, die Wege zu beschreiten, welche eine Einigung über die Gestaltung der Lohnver-einbarung für die kommenden Monate ermöglicht. Bei dem bisherigen beiderseitigen Bestreben, die Ruhe im Gewerbe nach besten Können zu wahren und zu erhalten, werden wohl in Kürze zentrale Verhandlungen stattfinden.«

Daß auch die Gehilfen mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, bedarf keiner Erwäh-nung. In scharfen Entschlüssen wurde zum Teil sogar glatte Ablehnung und Aufnahme des offenen

Kampfes gefordert. Wie sich die Buchdrucker entscheiden und welchen Weg sie gehen werden, steht noch dahin. Da man in Unternehmerkreisen offen zu erkennen gegeben hat, daß jetzt ein offener Kampf gar nicht so ungern gesehen würde, dürfte die Entscheidung der Gehilfen sich doch in anderer Richtung bewegen.

Diese Situation im Buchdruckgewerbe kann gerade nicht als ein glücklicher Auftakt zu weiterer tariflicher Arbeit im Buchdruckgewerbe angesehen werden und die zweite Vierteljahrhundert-Periode des deutschen Buchdruckertarifes beginnt mit einer Dissonanz. Am 17. Juni 1896 beschloß nämlich der in Berlin tagende Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker, daß der neubearbeitete Tarif ab 1. Juli 1896 zur Einführung zu kommen habe.

Damit hatte die tariflose Zeit, die mit Beendigung des zehnwöchigen Buchdruckerstreiks am 16. Januar 1892 anzietete, ihr Ende gefunden. Die mit Beendigung des Streiks abgegebene Erklärung der Parteivertreter: daß der Tarif von 1890 wieder in Geltung trete und so lange in Geltung bleibe, bis eine andere Vereinbarung zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft getroffen werde, hatte zwar der schlimmsten Zerrüttung geordneter tariflicher und beruflicher Verhältnisse in etwas gesteuert, aber einer dauernd zunehmenden Tariflosigkeit vermochte diese Erklärung nicht Einhalt zu tun. Die Tarifgemeinschaft in ihrer alten Form war aufgelöst! Im Jahre 1902 hat das Tarifamt dies in einer streng sachlich gehaltenen Broschüre, die über Entstehung und Entwicklung der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker im Zeitraum von beinahe 30 Jahren Aufschluß gab, mit einer Feststellung nachgewiesen.

Für den 14. Juni und folgende Tage waren die Vertreter der am Reichstarifvertrag für das Deutsche Buchbindergewerbe beteiligten Organisationen nach Weimar eingeladen worden, um über den Neuabschluß dieses Tarifes zu beraten. Schon die Anträge beider Parteien ließen erkennen, daß den diesmaligen Verhandlungen ein gesteigertes Interesse entgegengebracht werden würde. Während in den Abänderungsanträgen der Arbeiter zum Ausdruck kam, die Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu heben, zeigten die Abänderungsanträge der Unternehmer den Drang, mit einem Abbau einzusetzen. Die äußerst scharf geführten, fünf Tage dauernden Verhandlungen endeten mit folgendem Ergebnis:

1. Zum Hauptvertrag:

Der am 18. April 1920 in Weimar abgeschlossene Hauptvertrag wird bis zum 30. Juni 1922 verlängert. Für die Kündigungsfrist gilt die Bestimmung der Ziffer 70.

2. Zum Lohnarif:

Der zurzeit geltende Lohnarif wird bis zum 30. September 1921 verlängert. Er ist mit vier wöchiger Frist kündbar. Erfolgt die Kündigung nicht, so läuft er jeweils um ein Vierteljahr weiter. Besetztes und angrenzendes Gebiet.

Die bisher gewährten Sonderzulagen bleiben neben den Reichstariflöhnen für die Dauer des gegenwärtigen Lohnarifs in bisheriger Höhe bestehen.

3. Zum Zusatzvertrag für Buchbindereien:

Der Zusatzvertrag für Buchbindereien wird für die Dauer des Hauptvertrages verlängert.

4. Zum Zusatzvertrag für die Briefumschlagbranche:

Der Zusatzvertrag für die Briefumschlagbranche wird für die Dauer des Hauptvertrages verlängert.

5. Zum Zusatzvertrag für Buchdruckereien:

Auch dieser Zusatzvertrag ist im wesentlichen unverändert geblieben. Er ist anzuwenden:

- 1. Auf Betriebe, in denen die Buchdruckerei Hauptbetrieb ist.
- 2. Auf Buchdruckereibetriebe, bei denen zwar die Buchdruckerei nicht Hauptbetrieb ist, die aber keinem der am Reichstarif für das deutsche Buchbindergewerbe beteiligten übrigen Arbeitgeberverbände angehören oder den Tarif nicht bereits anerkannt haben.

Im ersten Satz des Abschnittes »Akkordlohn« soll es heißen: Für alle Arbeiten, die im Akkord hergestellt werden, gelten die im Reichsakkordlohn tarif aufgestellten Akkordlöhne, zuzüglich der dazu gehörigen prozentualen und Stundenlohnezuschläge.

6. Zum Ortsklassenverzeichnis:

Für die Ortsklasseneinteilung gilt das aufgestellte Verzeichnis als Bestandteil des Hauptvertrages mit gleicher Kündigungsfrist wie dieser.

Über Orte, über die eine Einigung nicht erzielt ist, kann für die Zeit nach dem Ablauf des Lohnarifs erneut verhandelt werden. Erfolgt eine Einigung von Organisation zu Organisation auch dann nicht, so bleiben diese Orte für die Dauer des Manteltarifs in der bisherigen Ortsklasse.

Die Parteien einigten sich ferner dahin, daß eine von unseren Vertretern eingereichte Liste derjenigen Orte, die in eine andere Ortsklasse zu versetzen beantragt wurde, als rechtzweckmäßig angesehen werden solle und daß über diese Plätze beim Ablauf des Lohnabkommens verhandelt werden soll. Ausgenommen sind diejenigen Orte, die durch nachfolgende Zusammenstellung erledigt sind und die im besetzten und angrenzenden Gebiet liegen.

Durch den Anschluß des Deutschen Buchdruckervereins macht sich die Neueinreihung einer größeren Anzahl Orte notwendig. Die Zuteilung dieser Orte soll durch schriftliche Verständigung bewirkt werden. Wo eine Einigung nicht erzielt wird, kann nach drei Monaten erneut verhandelt werden.

Auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter des Buchbinderverbandes konnte am 1. Juli 1921 der Genosse Hauelsen zurückblicken. 23 Jahre bekleidete er den Posten des Verbandskassierers, um dann vor 2 Jahren anstelle Kloths den Vorsitz in der Organisation zu übernehmen.

In der außergraphischen Gewerkschaftsbewegung waren von hervorstechender Bedeutung der 12. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Hamburg, die 17. Generalversammlung der Maler in Frankfurt a. M., die 14. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer in Karlsruhe und die 14. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Breslau. Auf all diesen Tagungen kam offen zum Ausdruck, daß die freiorganisierten Gewerkschaften es ablehnen müssen, Anhängsel einer politischen Partei zu sein. Über die Frage, der gewerkschaftliche Kampf und die Politik der Gewerkschaften, über die der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes und jetzige Arbeitsminister in Sachsen, Jäckel, auf der Tagung der Textilarbeiter referierte, wurde nachfolgende Entscheidung angenommen, die den Inhalt des Referates wiedergibt und die auch für unsere Kollegen von Interesse sein dürfte.

Die Entschliessung lautet:

»Der Verbandstag erkennt als Ziel der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und Ersetzung durch sozialistische Wirtschaft. Dieses Ziel wird sich durchsetzen auf dem Wege organisierter Wirtschaftsentwicklung und kann somit nur Resultat eines im demokratischen Staat sich vollziehenden Prozesses sein. Voraussetzung für die ungehinderte und schnelle Entwicklung dieses Prozesses ist die Eroberung der politischen Macht durch die Gesamtheit des organisierten Proletariats und dessen intensivster Betätigung im Klassenkampf. Die Befähigung wird erreicht durch Gewinnung der Herzen und Hirne aller Arbeiter und Arbeiterinnen, ihrer Erhebung zur klaren Erkenntnis der Gesetze ökonomischen Werdens und des wissenschaftlichen Sozialismus.

Der Verbandstag lehnt die Anwendung physischer Gewalt im politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf als Mittel des Angriffs ab. Er steht auf dem Boden parteipolitischer Neutralität und lehnt es ab, sich unter das Diktum der kommunistischen oder irgendeiner anderen Partei zu stellen.

Desgleichen lehnt er auch die von der kommunistischen Partei propagierte Zellen- oder Fraktionsbildung ab. Er erblickt in ihr die Schaffung einer Sonderorganisation im Rahmen des Verbandes, die mit Notwendigkeit — auch wenn das nicht beabsichtigt ist — seine Zerreißung, die Zertrümmerung der einheitlichen Textilarbeiterbewegung und die Schwächung ihrer Stoßkraft im Kampf gegen den gemeinsamen Feind bewirkt.

Der Verbandstag verwirft mit aller Entschiedenheit die von den Kommunisten angewandten Kampfmethoden, ihre Taktik, ihre Auffassung vom Wesen der Proletarierbewegung und der proletarischen Revolution.

Er garantiert den Anhängern aller politischen Parteien, auch den Anhängern der kommunistischen Partei, vollste Freiheit der Meinungsäußerung im Rahmen der Organisation und unter Berücksichtigung der vom Verband sich selbst gegebenen Gesetze, erwartet deshalb auch von den Anhängern der kommunistischen Partei unbedingte Anerkennung der Gesetze und bedingungslose Unterwerfung unter die von der großen Mehrheit der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse.

Der Vorstand des Verbandes wird beauftragt, in schärfster Weise über die Durchführung und Beachtung dieser Beschlüsse und Gesetze durch seine Verbandsangehörigen zu wachen, auf das strengste um die Einheit und Geschlossenheit des Textilarbeiterkampfes besorgt zu sein und mit allen im Staat gegebenen Mitteln rücksichtslos gegen widerstrebende Elemente vorzugehen.

Der Verbandstag erblickt in der Anerkennung des Kampfmittels Unterbrechung des Produktions- und Zirkulationsprozesses der kapitalistischen Wirtschaft mittels kollektiver Verweigerung der Arbeitskraft, das revolutionäre Kampfmittel des Proletariats, zum Zwecke der proletarischen Machteroberung und der Umgestaltung der Arbeitsorganisation.

»Er erblickt in der Anerkennung dieses Kampfmittels durch den ADGB einen Fortschritt, der zum Teil auf die Wirksamkeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes zurückzuführen ist. Es wird vom ADGB erwartet, daß der politische Massenstreik angewandt wird, sobald das Interesse der Arbeiterschaft und der Revolution dies erfordert.«



Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ein „Aufakt“ zu Senefelders 150. Geburtstag.

(Stenographie und Lithographie.)

In der graphischen Metropole Thüringens, welche auch der mancherlei Bauten halber die »steinerne Chronik Thüringens« genannt wird, war in den Tagen vom Sonnabend, den 9. bis Dienstag, den 12. Juli 1921 der zweite Großthüringer (zugleich 40. Thüringer) Stenographentag Gabelsberger.

Da sehr schönes Wetter, war die Beteiligung eine ganz außergewöhnliche, denn es waren gegen tausend Personen anwesend und am Weitschreiben nahmen gegen sechshundert teil.

Originell und zufällig ist, daß diese Tagung im 150. Geburtsjahre unseres Altmeisters Senefelder und in der Stadt Thüringens, wo seine Erfindung die meiste Ausbreitung gefunden hat: Saalfeld an der Saale.

Stenographie und Lithographie gehören wie ein paar Schwesternkünstlerinnen zusammen, denn beide wurden in München erfunden und beide Erfinder, Gabelsberger und Senefelder, standen miteinander im persönlichen Verkehr, regten einander an. Wenn der Einfluß der Erfindung Senefelders, der Lithographie, auf unser gesamtes Kulturleben nicht zu unterschätzen ist, so ist doch die Stenographie Senefelders noch zu besonderem Danke verpflichtet, denn keine treuere Freundin konnte die Stenographie finden als eben die Lithographie.

Sollte der Zweck der Stenographie bloß der sein und bleiben, Reden wiederzugeben, wie sie an öffentlichen Orten gehalten werden, dann wäre ihre Anwendung immer eine beschränkte geblieben und sie brauchte nicht über den engen Kreis hinauszuschreiten, den die für den Dienst der Rednertribüne geschulten Stenographen bildeten. Sobald aber die Stenographie eine allgemeinere Verwendung beansprucht — und sie konnte das mit vollem Recht, als sie eine so hohe Ausbildung erlangt hatte, daß jeder Gebildete sie leicht erlernen konnte und sie vermöge ihrer Zuverlässigkeit und Lesbarkeit die gewöhnliche Schreibschrift vollständig zu ersetzen vermochte — sobald sie sich jedem als willkommenes Hilfsmittel darbot, dessen Beruf ihm die Feder zu unablässigem Gebrauch in die Hand drückte: da bedurfte sie auch eines Mittels, ihre Schriftzüge dem Publikum vorzuführen und zu erläutern, und dieses Mittel fand sie in der Lithographie, der Erfindung Senefelders. Deshalb sind, wie schon eingangs ausgesprochen Stenographie und Lithographie auch Schwesternkünstlerinnen, wie Buchdruck und Steindruck, Holzschnitt, Metalldruck und photomechanische Vervielfältigung. Am ersten war es aber Senefelders Erfindung, welche der Stenographie zu Hilfe kam.

Gabelsberger lernte von Senefelder, wie er seine Schriftzeichen auf den Stein übertragen könne und sein erstes großes Lehrbuch legt ein beredtes Zeugnis ab von dem Fleiße und der Geschicklichkeit des Meisters Gabelsberger selbst, wie von dem Nutzen, den ihm die Lithographie gewährte. Nur durch sie war es möglich, seine Schrift weiteren Kreisen zugänglich zu machen, zum Studium derselben anzuegen und die Ausbildung der Stenographie überhaupt zu fördern.

Aus vorstehenden Erwägungen heraus hielt es unser alter Kollege Meier Durst für angebracht, als »dritter im Bunde« — nach der städtischen und staatlichen Begrüßung — in der so zahlreich besuchten öffentlichen Festversammlung den Willkommengruß mit dem alten Wahlspruch der Lithographen und Steindrucker: »Saxa loquuntur!« (zu deutsch: »Steine reden!«) in der »steinerne Chronik« und graphischen Metropole Thüringens zu entbieten und großzügig den Zusammenhang der Künste der beiden Erfinder Gabelsberger und Senefelder als »Aufakt« zum 150. Geburtstag unseres Altmeisters Senefelder zu feiern. Stürmischer Beifall des dichtbesetzten Saales war der beste Beweis der Sympathien der »Gabelsberger« für unseren Senefelder. Graphikus.

Die deutschen Unternehmerverbände im Jahre 1920.

Der Zusammenschluß des Unternehmertums hat im Jahre 1920 eine steigende Entwicklung aufzuweisen. Nach dem erschiedenen Jahresbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände haben sich die Organisationen der Unternehmer im Jahre 1920 nicht nur äußerlich erweitert, sondern auch innerlich vervollkommnet. Die zentrale Organisation des Unternehmertums, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der die meisten Arbeitgeberverbände angehören, konnte die Zahl der ihr unmittelbar angehörenden Verbände im Jahre 1910 von 130 auf 200 erhöhen. Die Zahl der Unterverbände, die in einem loseren Verhältnis zur Zentrale stehen, stieg von 573 auf 1591. Diese Verbände umfassen am Schluß des Jahres 1920 rund 100000 Betriebe, gegenüber 52583 Be-

(Fortsetzung in der Beilage.)

trieben am Schluß des Jahres 1919. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter vermehrte sich von rund 4 Millionen auf rund 8 Millionen.

Die Organisationen der Unternehmer sind, wie Dr. Müller in der 'Allgemeinen Deutschen Zeitung' schreibt, nicht so übersichtlich wie die der Arbeitnehmer. Neben dem Reichsverband für die deutsche Industrie besteht seit dem 18. Juni 1920 ein Zentralausschuß der Unternehmerverbände, der wohl alle bedeutsamen Unternehmerorganisationen, die sich irgendwie mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, umfaßt. Sowohl der Reichsverband für die deutsche Industrie als auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sind Mitglieder dieses Zentralausschusses, der demnach die oberste Spitze der Unternehmerverbände darstellt. Die Arbeiter haben eine gleichartige Organisation nicht aufzuweisen, da ihre Vereinigungen sich scheiden in sieben Gruppen, von denen einige zwar von Fall zu Fall zusammenwirken, für die aber eine Zusammenfassung, die dem Zentralausschuß der Unternehmerverbände ausspricht, nicht vorhanden ist. Bei der von diesen verschiedenen Unternehmerorganisationen vorgenommenen Arbeitsteilung ist auf die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Aufgabe entfallen, die sozialpolitischen Bedürfnisse der Arbeiterschaft zu vertreten. Während andere große Unternehmerorganisationen wirtschaftliche und sozialpolitische Zwecke zu gleicher Zeit zu erfüllen versuchen, beschäftigt sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nur mit solchen Fragen der Sozialpolitik. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaften wird dabei anerkannt, doch wird in dem Geschäftsbericht für 1920 ausdrücklich auf die Mißstimmung vieler Arbeiterkreise gegen die Arbeitsgemeinschaften hingewiesen. Es wird zwar betont, daß die führenden Kreise der Arbeitgeberverbände an dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaften nach wie vor festhalten, aber ohne sich auf die Form dieser Gemeinschaften, die, wie alles im sozialen Leben wandelbar ist, für alle Zukunft festzulegen. Die Arbeitsgemeinschaften erfahren im Lager der Arbeitgeber ungeliebt die gleiche Beurteilung wie im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Für die Durchführung der Streikversicherung, die noch ein ungeklärtes Problem darstellt und bisher nur wenig Verbreitung gefunden hat, bestehen einige mit den Arbeitgeberverbänden in Zusammenhang stehende Organisationen. Für diese bedeutet nach Dr. August Müller das Jahr 1919 eine starke Belastung, da in dem genannten Jahre nicht weniger als 43,6 Millionen Arbeitstage verlorengegangen sind. Infolgedessen hatten die Streikversicherungsverbände im Jahre 1919 Summen auszusahlen, die alle in früheren Jahren für diese Zwecke erforderlichen Zahlungen übertrafen. Der deutsche Industrieschutzverband (Sitz Dresden) mußte 910000 Mk. Entschädigung an seine Mitglieder zahlen gegenüber insgesamt 1157000 Mk. in den vorhergehenden 13 Jahren seines Bestehens. Trotzdem brauchte der Verband seine Rücklage nicht anzugreifen, er behielt sogar sein flüssiges Vermögen von nahezu drei Millionen Mark, erhöhte aber im Jahre 1920 seine Beiträge. Die Streikentschädigungsgesellschaft der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände war jedoch genötigt, im März 1920 ihre Liquidierung zu beschließen. Sie führte ihre Mitglieder auf Grund eines besonderen Abkommens dem oben erwähnten Deutschen Industrieschutzverband zu. Später entschloß sich aber die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände mit einer anderen bestehenden Organisation, der Zentrale für Streikversicherung, ein neues Versicherungsunternehmen, den Deutschen Streikschutz, zu gründen. Dieser besteht seit Frühjahr 1920 und wirkt nun als ein Konkurrenzunternehmen des Deutschen Industrieschutzverbandes.

zungen zu stellen. Außerdem sind unverzüglich mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu setzen, um Abwehrmaßnahmen zu treffen gegen die ungeheure Belastung der arbeitenden Schichten in Form von indirekten und direkten Steuern und evtl. eine allgemeine Aktion einzuleiten zur Erringung des Existenzminimums. Im Punkt Verschiedenes wurde noch über Lokale und über Arbeitersport gesprochen. Für das Leipziger Volkshaus wurden als zweite Rate 300 Mk. bewilligt.

Der Betriebsrat

Das Problem der Bezirkswirtschaftsräte.

Von dem wirtschaftlichen Rätssystem existieren bis jetzt nur zwei Glieder: einmal die Betriebsräte und dann der vorläufige Reichswirtschaftsrat. Das Hauptproblem bilden jetzt die Bezirkswirtschaftsräte. Sie sollen die so wichtigen regionalen Mitglieder bilden, auf denen sich dann der endgültige Reichswirtschaftsrat erhebt. Das Referat, das der Vorsitzende der Afa, Aufhäuser, auf dem zweiten ordentlichen Bundestag der technischen Angestellten und Beamten über die Bezirkswirtschaftsräte gehalten hat und das jetzt als Heft 11 der Bundeschriften im Industri-beamtenverlag erschienen ist, ist in starkem Maße geeignet, Klarheit in diese recht schwierige Diskussion zu bringen. Aufhäuser will die bezirkswirtschaftlichen Parlamente hauptsächlich als begutachtende Kontrollparlamente, nicht aber als neue Verwaltungsorgane mit wirtschaftlichen und gesetzgeberischen Aufgaben. Entgegen den Bestrebungen, wie sie von der rheinischen Schwerindustrie ausgehen und von dem Essener Handelskammerpräsidenten Dr. Quatz immer wieder vertreten werden, lehnt A. die Bezirkswirtschaftsräte als selbstständige Träger gemeinschaftlicher Unternehmungen ab. Diese Aufgaben sollen den kommunalen, gemischtwirtschaftlichen und sonstigen Zweckverbänden überlassen bleiben. A. glaubt damit vor allem an der gefährlichen Klippe der Durchschneidung einzelstaatlicher Gesetzgebungs- und Verwaltungsorgane vorbeizukommen. Die Bezirkswirtschaftsräte sollen das Initiativrecht in allen wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten haben, sie müssen gehört werden, wenn die zuständigen Behörden auf diesen Gebieten Entscheidungen treffen, sie müssen das Einspruchsrecht gegen solche Entscheidungen bekommen. Als regionale und fadhliche Unterstufen der Bezirkswirtschaftsräte verlangt Aufhäuser die paritätisch auszustellenden Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkerkammern. Er lehnt mit durchschlagenden Argumenten die Errichtung eigener Arbeitnehmerkammern neben den reinen Unternehmerkammern ab, einmal, weil nur durch die Zusammenarbeit mit den Unternehmern die Arbeiterschaft das nötige Rüstzeug und Material zur Beurteilung aller wirtschaftspolitischen Fragen erhalten kann, dann auch, weil bei der Bildung reiner Arbeitnehmerkammern doch nach wie vor das Schwergewicht der wirtschaftlichen Interessenvertretung bei den Unternehmern ruhen würde. Die Mitglieder der Bezirkswirtschaftsräte, besonders soweit sie Arbeitnehmervertreter sind, sollen aus Urwahlen hervorgehen, die einseitige Bevorzugung der Betriebsräte wird wegen der Gefahr der Entstehung einer Rätebureaucratie abgelehnt. Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll dann im wesentlichen aus diesen regionalen Körperschaften herauswachsen. Je tenfalls sind die Ausführungen A.s geeignet, klärend und befruchtend auf die Diskussion dieses wichtigen Lebensproblems der deutschen Wirtschaft zu wirken.

Die photomech. Fächer.

Berlin, Lichtdrucker. Bis auf den letzten Mann waren auch zu der am Sonntag, den 26. Juni einberufenen dritten außerordentlichen Mitgliederversammlung die Berliner Lichtdrucker erschienen, um den Bericht von der am Sonnabend mit den Berliner Prinzipalen geführten Verhandlungen entgegen zu nehmen. Seit vier Tagen standen die Kollegen der Firma F. A. Frisch in einer Bewegung. Einer Aufforderung der Firma, am nächstfolgenden Tage nach Ausbruch der Bewegung die Arbeit wieder aufzunehmen, — andernfalls Klage beim Tarifamt und zivilrechtliche Haftung der Kollegen für den entstandenen Schaden angedroht wurde — konnten die Kollegen nicht nachkommen und wurden sie deshalb als listlos entlassen erklärt. Dadurch verschärfte sich die Situation noch mehr und die Bewegung drohte auch auf die anderen Berliner Firmen überzuspringen. Infolgedessen traten die Berliner Prinzipale des Tarifamts zusammen, um zur Situation Stellung zu nehmen. Zu der dann beschlossenen Verhandlung wurde je ein Kollege der Berliner Firmen delegiert und es wurde vereinbart, daß die Unternehmer Berlins, die erst jegliches Zugeständnis rundweg ablehnten, s'alt der für Juli vorgesehene Wirtschaftsbeitrag in Höhe von 65 Mk. eine solche von 80 Mk. für den Monat Juli für alle unter 24 Jahre alten und 120 Mk. für alle über 24 Jahre alten Lichtdrucker zahlen. Da die Unternehmer darauf verwiesen, daß sie als lokale Gruppe für Berlin nicht allein solche Verbesserung ohne Schaden gegenüber ihren Kollegen im Reich tragen könnten, wurde beschlossen, Ende Juli eine Tarifausschussitzung einzuberufen.

In der Diskussion wurde unter anderem zum Ausdruck gebracht, daß man auch etwas mehr Rührigkeit im Reich erwarte. Trotz warmer Bemühung unter der Verhandlungsergebnisse konnte es nur unter Gegenstimmen zur Annahme gelangen. Folgende eingetragene Entschlüsse kam unter Ausschuß der an der Bewegung Beteiligten zur einstimmigen Annahme:

Die am 26. Juni 1921 bei Henning tagende Lichtdrucker-Versammlung protestiert gegen das beliebige brüske Verhalten der Unternehmer den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft gegenüber. — Den Kollegen, die diese Provokation mit der Verweigerung ihrer Arbeitskraft beantworteten, wird die volle Anerkennung ausgesprochen.

Die Berliner Lichtdrucker beschließen als sichtbarer Ausdruck ihrer Solidarität bis zum 1. August 20,— Mk. zugunsten dieser Kollegen abzuführen.

Photogr. Mitarbeiter.

Zur Zentralverbands-Tagung in Frankfurt a. M.

Vom 27. bis 29. Juli findet in Frankfurt a. M. der Zentralverbandstag der Prinzipale-Vereine statt. Die Tagesordnung dürfte sich sowohl unter Punkt 10: Die kommende reichsgesetzliche Organisation von Handwerk und Gewerbe, als auch unter Punkt 12: Innungsangelegenheiten, mit den Tarifabschlüssen und damit zusammenhängend mit dem Lebrlingswesen beschäftigen. Zunächst wird sich zeigen, ob der von dem Photographischen Verein zu Berlin angenommene Standpunkt der Zwangsorganisation des Handwerks und zwar der gesetzlich festgelegten Zwangsorganisation von Prinzipalen und Gehilfen den entsprechenden Resonanzboden findet. — Dann wäre aber der Kampf um den Abschluß von Tarifen zumindest auf den Weg der Verständigung zu verlegen und die bisherige Stellungnahme des Zentralverbandes müßte eine Änderung erfahren. Ebenso müßte auch die Stellung zur Mitbestimmung bei der Regelung des Lebrlingswesens eine andere werden. Kurz, der Zentralverband müßte, um nicht von der Gesetzgebung vor vollendete Zwangsmaßnahmen gestellt zu sein, seine Stellung una gegebener ändern. — In Prinzipalkreisen, die wirklich den Dingen Interesse entgegenbringen, scheint man sich im Hinblick auf die kommende reichsgesetzliche Regelung, von einer Beratung der Bestimmungen für das Lebrlingswesen auf der Verbandsagung nicht mehr viel zu versprechen. In Nr. 55 des 'Photograph' ist wieder eine Übersicht unter 'Allerlei Nr. 7' zum Abdruck gebracht, worin zu den Vor schlägen einzelner Vereine, das Lebrlingswesen betreffend, Stellung genommen wird. Zunächst glaubt der Verfasser, daß es eine sehr dankbare Aufgabe sein wird, Sorge zu fragen, daß der Nachwuchs nicht weiter so wild ausgebildet wird, wie seither. Plan und Ziel muß diesem Wesen unbedingt gegeben werden.

Diese Erkenntnis kommt bei einem großen Teil der Prinzipale reichlich spät, hoffentlich nicht zu spät. Die Gehilfenschaft vertritt diese Auffassung schon seit Gründung ihrer Organisation, also bereits 25 Jahre. Der Verfasser kommt dann zur Besprechung der Vorschläge der Chemnitz und Duisburg-Düsseldorfer Innung, die erstere zum Teil, letztere fast ganz gegen die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung in Widerspruch stehen. Die Chemnitz Vorschläge sind ja in Nr. 26 kurz besprochen worden. — Die Duisburg-Düsseldorfer Vorschläge verdienen eine Besprechung an dieser Stelle nicht, weil sie überhaupt keine zwingende Wirkung erhalten können. Sie beweisen nur, wie wenig sich die führenden Personen unseres Gewerbes in den Sinn der Gewerbeordnung hineinfinden können. Die Unwissenheit selbst der am nächsten liegenden Gesetzesbestimmungen führt zu solch nutzloser Arbeit. Von einer vorbereitenden Kommissionsarbeit zum Zentralverbandstag ist aber bisher in den Fachzeitschriften nichts zu finden gewesen. Anscheinend kommt deshalb der Verfasser des Artikels zum Schluß dieses Teiles seiner Besprechung zu der Meinung, daß seitens des Reiches Vorschriften über das Halten von Lehrlingen, pp. ausgearbeitet werden und es daher überflüssig scheinen könnte, die kostbare Zeit des Zentralverbandes mit Dingen zu belasten, die in Kürze gegenstandslos werden müssen. Nachdem man also seit langem durch die Forderungen der Gehilfenschaft gedrängt, immer darauf hinwies, daß die Innungen allein die Regelung vornehmen wollten, wartet man nunmehr die reichsgesetzliche Regelung ab, die eine Mitbestimmung der Gehilfenorganisation auf alle Fälle vorsieht. Der Zentralverbandstag wird, wenn er nicht nutzlose Arbeit leisten will, diese ganz aufgeben, oder vorbereitend mit der Gehilfenschaft, also der maßgebenden Organisation arbeiten müssen. Kommt die Zentralverbandstagung zu diesem Entschluß, dann wird sie die bisherigen Maßnahmen entgegengesetzter Richtung bedauern müssen, weil viel schon inzwischen gebessert sein könnte. Läßt der Zentralverband die Dinge ungeklärt bis zur gesetzlichen Regelung weiter laufen, geht wiederum kostbare Zeit verloren und unser Beruf verliert immer mehr. Die Verantwortung muß sowohl seinen Mitgliedern als auch der Gehilfenschaft gegenüber einzig und allein der Zentralverband tragen. Mögen weiterblickende Prinzipale ihren Einfluß in die Waagschale legen, um die Gesundung des Berufes endlich an der Wurzel zu begreifen, am Lebrlingswesen.

Ortsberichte.

Magdeburg. Die am 9. Juli tagende Mitgliederversammlung der Magdeburger Ortsgruppe beschäftigte sich mit den heutigen und noch kommenden wirtschaftlichen Teuerungsverhältnissen.

Kollege Gruß gab einen kurzen Bericht über die Lage im graphischen Gewerbe. Er schilderte das Steigen der wichtigsten Lebensmittelpreise, demgegenüber hielt er das Versagen von dementsprechenden Lohnzulagen. Bei den Buchbindern sowohl wie auch bei den Hilfsarbeitern wird der Anfang gemacht, jedwede Lohnzulage zu verweigern. Überhaupt das ganze graphische Gewerbe wird noch weit unter dem Existenzminimum bezahlt. In der darauf folgenden lebhaften Diskussion gab die Versammlung in scharfen aber sachlichen Worten ihrem Unwillen Ausdruck über das Ausbeutersystem gegenüber der Arbeiterschaft durch indirekte und direkte Steuern. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 9. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den jetzigen und noch kommenden wirtschaftlichen Teuerungsverhältnissen. Da schon jetzt verschiedene wichtige Lebensmittel im Preise bedeutend gesiegen sind, wo die indirekte Steuer noch gar nicht eingesetzt hat, ersehen alle Kollegen, das dem Arbeiter bald wieder neue Lasten auferlegt werden. An Neuausstattungen von Kleidungs- und Wirtschaftsstücken darf heute kein Arbeiter denken, da unser jetziger Lohn im Verhältnis zu den Lebensmitteln nur die Hälfte des früheren vor dem Kriege erhaltenen Geldes beträgt. Wir ersuchen daher den Hauptvorstand schon jetzt an die Unternehmer aller Sparten heranzutreten und neue Lohnforde-

Feuilleton.

Das Handwerkliche und Künstlerische in der Lithographie.

Ist unser Gewerbe wohl noch allgemein ein Kunstgewerbe, oder hat es in dem stolzen Beiwort Kunst ein Privileg, ein altes verbrieftes Recht, das wir als traditionelle Überlieferung weiter führen. Wohl hat Senefelder immer von seiner Kunst gesprochen. Daß er eine besondere hohe Meinung von seinen Arbeiten hatte, war nicht der Fall; ganz im Gegenteil, er war sich über deren nicht bedeutenden Wert völlig klar und äußerte sich später einmal, daß ihn ein widriges Geschick dazu verurteilte, Schriften, Noten und dergleichen auf Steine zu zeichnen und zu drucken, während er längst ganz anders stände, wenn er gleich zu Anfang eine geeignete Persönlichkeit für die Verwertung der künstlerischen Möglichkeiten seiner Drucktechnik gefunden hätte. Auch von den Bemühungen, seine Drucktechnik zu vervollkommen, sich Freunde, Gönner und Auftraggeber zu erwerben, sprach Senefelder seine Kunst zu fördern. Hier wird eher klar, was er damit meinte: seine Erfindung war an sich eine Druckkunst, die sich völlig ebenbürtig an die Holzschnide- und Kupferstecherkunst anschlöß.

Zur Erklärung dieses Begriffes Kunst gehört, daß dieser analog der Welt- und Kunstauffassung jener Zeit im Sprachgebrauch alles dasjenige einschloß, was sich in Form und Absicht einer höheren Lebenssteigerung durch seine geistige oder künstlerische Auswirkung manifestierte. »Kunst« galt auch für handwerkliche Leistungen und war gerecht fertigt. Vor allem die Blätter und Publikationen des Holzschnittes und Kupferstiches, sie standen noch hoch im Ansehen, als schon weniger bedeutende Meister deren Techniken ins rein handwerksmäßige spielten; doch lag noch immer Kunstwert in ihnen. Es war damals noch Voraussetzung jedes Handwerklichen, daß sich in ihm ein über das Technische hinausgehender Geistes- oder Gestaltungswille wirksam zeigte und deutlich erkennbar sein mußte. Unter diesen Sammelnamen Kunst fielen nun selbstverständlich auch die Erzeugnisse Senefelders und aller seiner Mitarbeiter sowie der späteren Lithographen, die allesamt noch viel impulsiven Kunsisinn in ihren Arbeiten befügten. Und dieses wäre das hauptsächlichste Moment, worauf sich der historische Anspruch unseres Gewerbes als eines Kunstgewerbes stützen könnte.

Nun sind unsere heutigen Zeitverhältnisse, Lebens- und Anschauungsformen andere geworden, vor allem vielseitiger und komplizierter, also auch deren seelischer Niederschlag in der Kunst. Der allseitige Begriff »Kunst« hat sich in verschiedene Kunstbegriffe aufgelöst, es gibt hohe Kunst, graphische Kunst und Kunsthandwerk. Dazu eine ganze Stufenleiter von Kunstdefinitionen. Die einfachste und scheinbar leichtverständlichste Formel lautet: Kunst kommt vom Können; also Kunst leistet, wer etwas kann. Und gerade diese Erklärung von Kunst ist nur bedingt richtig: Ein Schirmflicker ist deshalb noch kein Künstler, weil andere das nicht können. Das scheint banal und ist ein gro tesker Vergleich. Untersuchen wir jedoch die Sache näher, betrachten wir den Vergleich psychologisch: wovon anders als von ähnlich falscher Auffassung kam früher oder kommt vereinzelt heute noch der Künstlerdünkel gewisser »Kunst«handwerker. Daß einer Punkte hübsch aneinanderreihen, oder einer saubere Schrift auf Stein schreiben kann, gibt ihm noch lange kein Recht, auf seinen Kunstgewerber zu pochen. Dies Prädikat stände in diesem Falle auch dem Typensetzer, dem Backsteinmaurer, ebenfalls zu. Unser Gewerbe ist diesen völlig gleichartig, solange es schablonenhaft mit mechanischer Handfertigkeit ohne besonderen Geist ausgeübt wird. Freilich hat der Lithograph auf sein Original zu achten, der Setzer aber auch auf sein Manuskript, daß er uns nicht ein X für ein U vorsetzt. Das Unterscheidende für ein Kunstgewerbe wäre also noch etwas anderes.

Dieses Unterscheidungsmerkmal zwischen Handwerk und Kunsthandwerk wäre vielleicht, daß man

Kunst nicht vom Können, sondern von einem anderen Begriffe ableitet. Neunzig Prozent der Leute hat bei Kunst-Können rein äußerliches, geschickliches, bestenfalls Routine, Virtuosität im Auge. Eine Verkennung des wesentlichen in der Sache »Kunst« wie in der Angelegenheit Kunstgewerbe. Schlimmer noch. Diese Verkennung hat zur ungeheuren Verflachung und Verwässerung beider Begriffe geführt. Kunst und alles, was damit zusammenhängt, legitimiert sich einzig und allein durch den Gehaltswert der seelischen Leistung, die in der Arbeitssache liegt. Und darin ist klar ausgedrückt, daß jedwede Arbeit Künstlerisches zeugen kann. Der gewöhnliche Töpfer, wenn er aus eigenem eine gefällige edle Topfform hervorbringt. Der Setzer, wenn er eine schöne Initiale schneidet. Was heute nur vereinzelt hervortritt, war früher die Regel: Gefühlswert in der Arbeit.

Wenn also unserm Kunstgewerbe einiges von Kunst inneliegen soll, so müssen seine Erzeugnisse von jenem Ding (Gehaltswert, seelische Leistung) beeinflusst und berührt sein. Es wäre darum besser, bei gemeinter Kunst nicht erstlich an Können zu denken, sondern an ein Gefühl. »Gefühl ist alles;« auch hier das ausschlaggebende, wesentliche. Wer fühlen, erfühlen, oder nachfühlen kann, im Innern sich mit einer Absicht versteht, verbindet, wer ergreifen wird von einem Ding oder einer Sache und seine Empfindung nach außen wiedergibt, offenbar werden läßt, ist befähigt, künstlerische Arbeit zu leisten. Nicht der Name Kunstgewerbe macht, allein der Gehalt, der den Erzeugnissen innewohnt. Den inneren künstlerischen Wert solcher Erzeugnisse vermögen Gleichgesinnte in eigener Empfindung herauszufühlen, er gibt ihnen wiederum innere Förderung und Gewinn.

Mit rein äußeren Mitteln des handwerklichen Könnens allein kommt man im Kunstgewerbeberuf nicht aus. Allenfalls vermog man damit ein gegebenes Original zahgast-gewissenhaft, schredhaft oder philisterhaft kopieren: eine Ahnung vom Außergewöhnlichen in den Zeichenformen, dem Farbsymphonischen oder sonstigen Gefühlsabsichten des Künstlers vermog das nicht zu vermitteln. Denn wo jene Gefühls- und Nachfühlsmomente beim Nachschaffer fehlen, reicht alles gutgemeinte Vorhaben, alle Vornehmungen eines getreulich-greulichen Abguckens bis zum Halsverrenken nicht aus, das Beabsichtige, Zufällige in der Form, sowie das Intuitiv-Seeische des inneren Gehalts eines Bildwerkes mit in die Reproduktion fließen zu lassen. Wo dieses bessere Teil dem Reproduzierer nicht angeboren oder mindestens in den Lehrjahren durch verständnisvolle Leitung anerzogen worden ist, da ist Hopfen und Malz verloren:

Und von der Hefe kommt ein widriges Gebräu,
Das keiner Kehle frommt
— es sei denn die der S . .

A. Blum.

Eingegangene Schriften.

Europa und der nächste Krieg. Von Georg Engelbert Graf. Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Fichtenau. Preis 3,50 Mk.

Ein Scheinwerfer in das Chaos der heutigen Weltpolitik ist diese Broschüre. Leider hat man in Deutschland bis in die jüngste Zeit hinein um weltpolitische Zusammenhänge sich kaum gekümmert. Nur so war es ja möglich, daß das deutsche Volk vom Ausbruch des Krieges geradezu überrascht wurde und daß bis heute die weitesten Kreise über seine tieferliegenden Ursachen und über die Ursachen des deutschen und europäischen Zusammenbruchs noch durchaus im Unklaren sich befinden. Und die Gefahr liegt nahe, daß die kommenden Ereignisse eine ähnliche Situation bei uns vorfinden werden. Hier aufklärend und vorbeugend zu wirken, hat sich das vorliegende Büchlein zur Aufgabe gestellt. Es ist gewissermaßen ein Leitfaden des modernen Imperialismus. Der Verfasser, ein bekannter Wirtschaftsgeograph, spricht in seinem Büchlein aus was ist und erfüllt damit die Aufgabe, Aufklärung zu schaffen, in hervorragendem Maße; das Büchlein verdient daher die weiteste Verbreitung.

Neues Deutschland — neues Europa. Von Hermann Wendel. Verlag: Union-Druckerei, Frankfurt a. M., Abteilung Buchhandlung Volksstimme. Preis 1,50 Mk.

Die Broschüre liest man mit gespanntem Interesse. Der Grundgedanke des Genossen Wendel ist auf die Forderung nach deutscher Kultur und der Einigung der Arbeiterschaft gestimmt. Die Broschüre, die die Wiedergabe einer Rede ist, gehalten von Wendel am 12. Juni 1921, greift die

uns aus dem Gang der Ereignisse zur Lösung gestellten Probleme auf und schließt mit den Worten: Europa ist durch Deutschland gefallen, durch Deutschland muß es wieder emporsteigen!

Ultimatum! Von Otto Wels. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 1,— Mk.

Diese Schrift behandelt ausführlich und lückenlos die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Annahme und Erfüllung des Ultimatum und zur Regierungsfrage, wie sie der Parteivorstand Otto Wels in seiner bedeutenden Reichstagsrede vom 2. Juni 1921 dargelegt hat. Sie bringt auch eine gründliche Abrechnung mit den Parteien der Rechten, insbesondere der deutschen Volkspartei. Wels hat nicht nur namens der Sozialdemokratie das restlose Bekenntnis zum Erfüllungsprogramm ausgesprochen und begründet, sondern er hat außerdem und vor allem endgültig darüber Klarheit geschaffen, daß es eine Brücke zwischen dem demokratischen und dem reaktionären Deutschland nicht gibt.

Was ist das Verbrechen? Von Paul Levi. Verlag A. Seehof, Berlin C 54, Preis 2,— Mk.

Das Buch hält die Rede, die Paul Levi auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD, am 4. Mai 1921 gehalten hat, fest und ist eine Ergänzung der Auffassung Levis über den Märzputsch, die in der Broschüre »Unser Weg« vertreten wurde. Erneut legt Levi seine Ansicht über den Märzputsch in weit glücklicher Weise dar, als in seiner ersten Schrift und gibt jedem einen Einblick in die Wirklichkeit, der der Märzputsch zurechtgeredet wurde. Wer mitten in der Arbeiterbewegung steht, wird, ohne diese Schrift zu kennen, kaum auskommen können.

Die »März-Offensive« der Revolutionsphantasten. Von Stephan Heise. Verlag: Frankfurter Genossenschafts-Druckerei »Volksrecht«, Frankfurt a. M. Preis 2,— Mk.

Eine Kritik des Zusammenbruchs der kommunistischen Putschpolitik will dieses Buch sein und man muß sagen, daß es in trefflicher Weise den Finger in die Wunde legt, die die Arbeiterschaft hindert, ihre volle Macht bei der Neugestaltung Deutschlands in die Wagsschale zu legen. In geschickter Weise und gibt jedem einen Einblick in die Wirklichkeit, der der Märzputsch zurechtgeredet wurde. Wer mitten in der Arbeiterbewegung steht, wird, ohne diese Schrift zu kennen, kaum auskommen können.

Zur Psyche des russischen Volkes. Von R. Seeligmann. Verlag: A. Seehof & Co., Berlin C 54, Preis 5 Mk., gebunden 8 Mk.

Als ein scharfer und sehr feiner Beobachter der russischen Volksseele zeigt sich in diesem Werk ein in deutschen Schrifttum noch wenig bekannter: Raphael Seeligmann. Seine Arbeiten »Der Bilde«, »Der Revolutionär«, »Der Zwiespaltige«, »Der Industriearbeiter«, sind Musterleistungen auf dem Gebiete der kleinen Essays. Viele haben sich in neuester Zeit mit der Psyche des russischen Volkes beschäftigt, doch nur sehr wenigen glückte eine so treffliche Charakteristik der russischen Eigenart wie Raphael Seeligmann. Alle, die Victor Panin's gewaltiges Werk »Das zaristische Rußland« gelesen haben, werden auch diese kleine Schrift mit Freuden begrüßen.

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (»Graph. Presse« Nr. 26).

Zur Beachtung: Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Verbandsrat der Lithographen und Steindruckere Berlin N 24, Eislaßstr. 96—98, III zu berichten.

Braunschweig: Albrecht Schulz, Schornhorststr. 18, III.
Dresden: Chemigr.: Erich Belger, Dresden-A. 16, Hähnelstr. 14, II.

Frankfurt a. O.: Max Blener, Tuchmacherstr. 63, I.
Freiburg i. Schles.: Aug. Wolff, Neue Bahnhofstr. 33.
Göppingen, Württg.: Albert Franke, Bergstr. 3.
Hanau a. M.: Christian Holz, Gr. Auheim b. Hanau a. M., Mittlere Mainstr. 2.

Tarifat und Zentralarbeitsnachweis für das deutsche Lithdruckgewerbe:
Gehilfenvorsitzender: Fritz Dreßler, Berlin O. 112, Samariterstr. 10.

Gehilfenvertreter des Tarifausschusses:
Vorsitzender: Fritz Haberditzl, Neuköln-Berlin, A. 16, Allerstr. 16.

Kreis I: Fritz Dreßler, Berlin O. 112, Samariterstr. 10.
" II: Fritz Zahn, Leipzig-R., Wittstockstr. 11, ptr.
" III: Willy Ulbricht, Dresden-A. 21, Kipdorfstr. 113, III.
" IV: Ludwig Kaib, München, Bereltranger 9, I.

Internationale Adressen:
Rumänien:
Richard Oertel, Bukarest, Straß Antim 31, Villa Göbel.

Gesucht werden in Dauerstellung:

Maschinenretuscheure
Auto-Ätzer
1 Reproduktions-Photograph
Vereinigte Chemigraphische Kunstanstalten K. A. Madleb, Chemnitz Theaterstraße 12.

Einige tüchtige RETUSCHEURE
bei guter Bezahlung per sofort gesucht. Desgleichen
einige Ätzer
welche in Lithographie und Ätzung durchaus erfahren sind.
HAUFLER & WIEST, Stuttgart, Lindenspürstraße 39.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:
Autoätzer, Metallretuscheur
Strichätzer
Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an
Brendamour Simhart & Co., Nachf., Düsseldorf-Oberkassel.

Tüchtige Maschinenretuscheure
zum sofortigen Eintritt gesucht. Nur erste Kräfte wollen Angebots einreichen an
AUGUST KRÄMER, Kunstanstalt für Kirschschneefabrikation, Stuttgart, Landhausstraße 66.

Tüchtiger Lithograph
für Fabrikaufnahmen in Gravur und Flächen-technik gesucht.
RICHARD MÜLLER, Chemnitz
[Brückenstraße 31.]

Tücht. Offsetdrucker u. Steindruckmaschinenmeister
für ff. Merkantil und Chromo sowie

Umdrucker für Aluminium
gesucht. — Infolge Wohnungsnot können nur Unverheiratete in Betracht kommen.
Carl Weddigen, Druckereigesellschaft
Barmen-R.

In die Routing-Maschine suchen wir einen erstklassigen Fräser
welcher zugleich tücht. Kirschschneemonteur ist.
Fritz AUGUST KRÄMER, Kunstanstalt für Kirschschneefabrikation, Stuttgart, Landhausstraße 66.

Tüchtige Schrift-Lithographen
für kleine Arbeiten (kleine Schriften) zum mög-lichst sofortigen Eintritt gesucht.
Krämp & Comp., Ottenbach am Main.

Umdrucker
I. Kraft, in Kartographie f. Dauerstellung ges. Institut Moser, Berlin W. 35.

1a Maschinenretuscheure
zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote und Zeugnisabschriften an
Richard Labisch & Co., Graph. Kunst-anstalt, G. m. b. H., Berlin O. 27, Schickler-Straße 56.

Welcher Kollege macht Mitteilung über eine
Steindruckschneefresser
die in Groß-Berlin zum Verkauf steht. Nachweis vereinf. Zuschr. unter B. S. 39 postl. Berlin 5033

Tonschneidemaschine
für Xylographen zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote mit Preisangabe an
Schreyer, Erfurt, Blumenlaßstr. 74

Graphische Fachkassen
Einstreu und Veredelungsbuch.
Anschaff. nach d. d. Einzelverhandlung.
Barmen